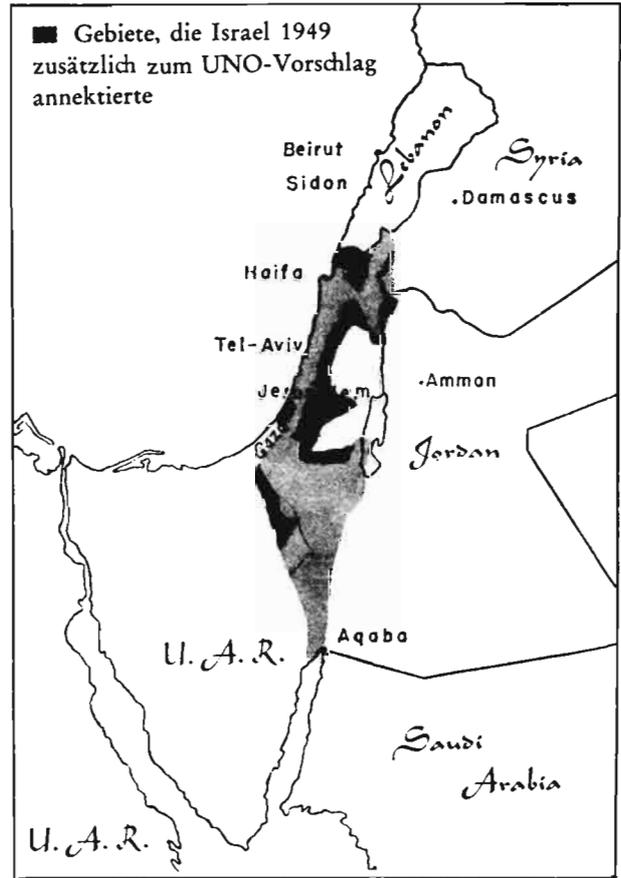
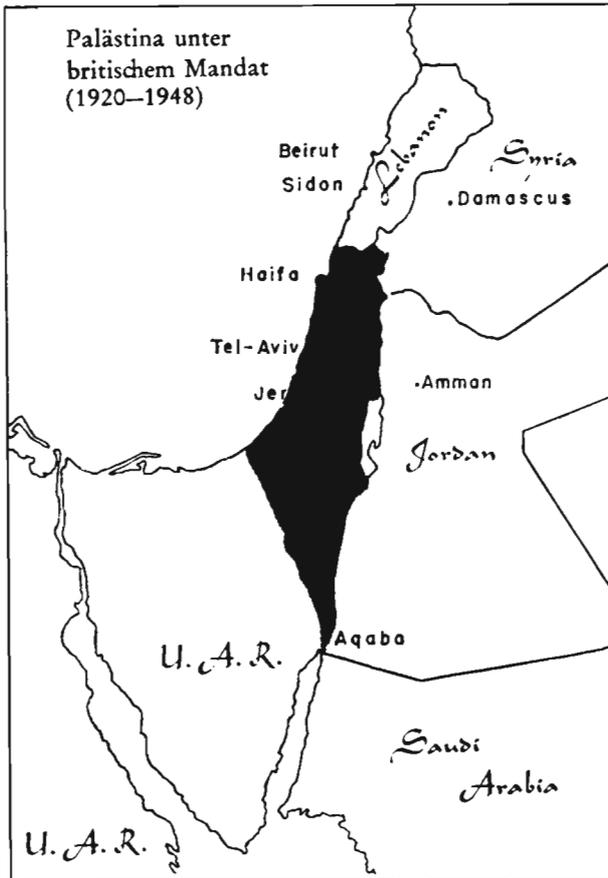


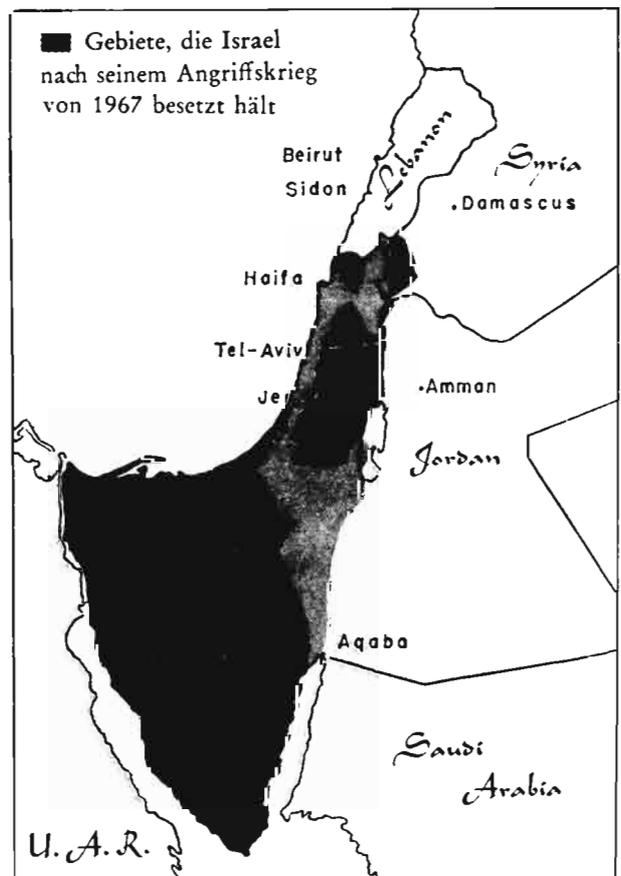
# aspekte

FÖJ: bewegung für sozialismus

februar 73 nr 50



**Humani-  
stischer  
Imperia-  
lismus?**



Der BUNDESKONGRESS der FÖJ – Bewegung für Sozialismus findet vom 16. – 18. März 1973 in Wien statt.

Unter anderem soll der zweite überarbeitete Entwurf der Grundsätze der Politik der FÖJ – Bewegung für Sozialismus auf diesem Kongress ausdiskutiert und beschlossen werden.

Alle Auskünfte: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon 65 19 52.

## Inhalt

|                                       | Seite |
|---------------------------------------|-------|
| Humanistischer Imperialismus?.....    | 2     |
| Ein Flugblatt und die Folgen.....     | 8     |
| Völker sind stärker als Bomben.....   | 12    |
| Helfen wir beim Wiederaufbau Vietnams | 15    |
| Ausblick Vietnam.....                 | 16    |

Einzelpreis S 5, –  
Jahresabonnement S 50, –

ERSCHEINUNGSORT: WIEN  
VERLAGSPOSTAMT/1040 WIEN

"aspekte" Diskussions- und Informationsblatt der FÖJ – Bewegung für Sozialismus, Wien.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vielfältiger: Freie Österreichische Jugend – Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10/1.

Kontonummer: 2-307-435, Länderbank Wien.

Im Vorwort zu seinem Buch "Dies ist mein Volk" schreibt Abba Eban: "Es zeigte sich, daß es unmöglich war, die gegenwärtige jüdische Wirklichkeit zu begreifen, unmöglich, sie zu erklären, ohne ständig auf die Vergangenheit zurückzukommen."

Die gegenwärtige jüdische Wirklichkeit zeigt sich Abba Eban in der Gründung und Existenz des Staates Israel. Dieser umfaßt zwar nur einen Bruchteil der jüdischen Religionsgemeinschaft der Welt, gilt jedoch nicht allein bei Vertretern der zionistischen Ideologie als der Staat, "der von den Juden für die Juden der ganzen Welt geschaffen wurde."

Seine Existenz ist die Ursache eines permanenten Krisenherdes im Nahen Osten und dies vor allem muß als die gegenwärtige jüdische Wirklichkeit begriffen werden, deren theoretische Konzeption Theodor Herzl in seinem Buch "Der Judenstaat" auf folgende Weise begründete: "Was ist nun die Konsequenz der Verkehrsentwicklung? Die Kolonialpolitik. Und wir sehen, daß in den Staaten, die an ihre Zukunft denken – in allen geschieht es ja nicht – Kolonialpolitik getrieben wird. Wir sehen, wie der dunkle Erdteil erforscht und durchquert wird, wie man von ihm Besitz ergreift, sich um jedes Stück Land rauft, weil die Leute, welche die Geschicke von Menschen zu dirigieren haben, wissen, was Land ist und für die kommenden Zeiten vorsorgen. ... Wenn nun die Wendung nach Asien in der Kolonialpolitik sich fühlbar gemacht hat, so ist es nicht unvernünftig, wenn auch wir, gedrängt durch die tägliche Wahrnehmung, die täglich ärger wird, an eine Kolonialpolitik denken." (Theodor Herzl: Werke, Bd I, S. 123/124.)

Israel kann als reines Modell einer Siedlungskolonie betrachtet werden. Die Anwesenheit einer eingeborenen Bevölkerung wurde niemals in Betracht gezogen und daß diese nicht wie in der europäischen Siedlungskolonie Amerika nahezu völlig der Ausrottung zum Opfer fielen, ist dem zum Zeitpunkt der ersten großen Einwanderungen bereits erwachten arabischen Nationalismus zuzuschreiben, sowie der Tatsache, daß relativ nicht so große technologische Differenzen existierten wie in Nordamerika zwischen Indianern und weißen Siedlern.

Eine sozialistische, also eine klassenlose Gesellschaft, in der es weder Ausbeuter noch Ausgebeutete, nicht Unterdrücker und Unterdrückte und keineswegs eine Diskriminierung anderer Rassen oder Religionsgemeinschaften geben könnte, war für Israel niemals geplant und wäre den theoretischen Vorstellungen des Zionismus entgegengesetzt gewesen. Diese erforderten zuerst die Ansiedlung der Ärmsten – der Desperados, wie Herzl sie bezeichnete – durch deren Kolonialisierungstätigkeit das Land erst für die Einwanderung von Mittelschichten an Attraktivität gewinnen würde. Das zweite Ziel war die Schaffung einer Klassenstruktur, wie sie in den Staaten, aus welchen die Einwanderer kamen, vorherrschte.

# stischer Imperialismus?

Einleitend stellen wir noch fest, daß ein diktatorisches Regime ebensowenig mit relativen Unterscheidungen klassifiziert werden kann, wie Kolonialismus oder Rassismus – das heißt wie jede Theorie, die die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen einschließt.

Die Geschichte hat uns gezeigt, daß es niemals gute oder schlechte Kolonialisten gegeben hat, sondern nur den Kolonialismus mit all seinen verheerenden Auswirkungen, die er heute noch hat.

Von seiner theoretischen Konzeption, von seiner Entstehungsgeschichte her hatte der Staat Israel nur eine Möglichkeit der Entwicklung, deren Merkmale im Folgenden analysiert werden sollen:

Er mußte notwendigerweise schon vor seiner Gründung eine militarisierte Gesellschaft anstreben, um den Widerstand der eingeborenen palästinensischen Bevölkerung zu zerbrechen, diese zu vertreiben oder auszurotten. Er mußte sich konsequent weigern, die arabischen Flüchtlinge wiederaufzunehmen, er mußte einen Klassenstaat schaffen, in welchem sozialere Lebensformen zur Farce herabgewürdigt wurden. Er mußte sich schließlich mit Mächten verbinden, deren Interessen in diesem Raum den Schutz der Existenz Israels einschlossen.

Alle weiteren Folgen, die gleichermaßen seine Existenz gefährdeten und zur Eskalation der Maßnahmen zum Schutze dieser Existenz führten, bedürfen einer genauen Untersuchung. Denn nur aus dem Verständnis der gesamten sozio-ökonomischen und politischen Verhältnisse im Nahen Osten ergibt sich auch das Verständnis für die palästinensische Befreiungsbewegung, deren Existenzberechtigung allein aus dieser Analyse heraus begriffen werden kann.

Diese Arbeit untersucht in erster Linie die sozio-ökonomischen Entwicklung und Struktur des israelischen Staates als Kernpunkt des Konflikts im Nahen Osten. Auf die wirtschaftlichen Interessen der arabischen Staaten, die den Verlauf des Konflikts ebenfalls formten und somit zur heutigen Lage im Nahen Osten beitrugen, kann nur am Rande eingegangen werden. Für diese wie für die Interessen Israels kann jedoch festgestellt werden, daß sie stets den höchsten Stellenwert innerhalb einer Politik bildeten, deren Inhalt am wenigsten von der Vertretung der Interessen des palästinensischen Volkes bestimmt wurde.

Der Staat Israel wurde am 15. Mai 1948 auf einem Großteil des palästinensischen Territoriums gegründet. Der andere Teil wurde im Jahre 1950 von Jordanien annektiert, der Gazastreifen unter ägyptische Verwaltung gestellt. Diese Ereignisse, sowie der unmittelbar nach der Staatsgründung aufflammende Krieg zwischen Israel und den arabischen Staaten, können in erster Linie durch die Kollision wirtschaftlicher Interessen erklärt werden; während das palästinensische Volk anfangs gezwungen war den direkten Raub seines Landes zu verhindern und nach seiner Vertreibung

mehr und mehr die Befreiung dieses geraubten Landes anstrebte.

Die jüdische Einwanderung nach Palästina und der damit verbundene Zustrom von Kapital führte in den Jahren 1930–1948 zur Anbahnung einer kapitalistischen Entwicklung der Wirtschaft in Palästina. Eine Entwicklung, die nach fortschreitender Beherrschung des inneren Marktes zur Beherrschung der benachbarten Märkte der arabischen Staaten drängte. Während sich im Jahre 1939 die Exporte in die arabischen Nachbarstaaten auf 10% des Gesamtexportes beliefen, hatten sie im Jahre 1944 bereits 60% des gesamten Exportes erreicht. Diese Expansion des zionistischen Kapitals rief die Gegenmaßnahmen der nationalen Kleinbourgeoisie in den arabischen Staaten zum Schutz des eigenen Marktes hervor, was ein Absinken der Exportquote auf 33% im Jahre 1946 zur Folge hatte. Außerdem erfolgte die Vorbereitung der ökonomischen Expansion nach anderen Richtungen, was gleichermaßen den Interessen der arabischen Kleinbourgeoisie zuwiderlief und als eine der wesentlichsten Ursachen für den Krieg von 1948 betrachtet werden muß. Eine genaue Untersuchung der wirtschaftlichen Ursachen zur historischen Entwicklung – zum Beispiel Krise 1956, 1967 – würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen.

Allgemein können für den israelischen Staat einige Merkmale aufgezeigt werden, die ihn von anderen Staaten unterscheiden:

Der Staat Israel brachte nicht wie andere Staaten politische Parteien hervor – er selbst ist das Produkt einer politischen Ideologie und politischer Parteien, die im Ausland oder vor der Gründung des Staates in Palästina gegründet wurden. Die israelische Gewerkschaft Histadrut wurde nicht von der Arbeiterschaft zur Unterstützung ihrer Forderungen geschaffen, sie wurde im Jahre 1920 gegründet, um ein jüdisches Proletariat überhaupt erst zu schaffen.

Wie an anderer Stelle erwähnt, sollte der zukünftige israelische Staat eine Klassenstruktur aufweisen, wie andere Staaten auch – daher mußte unter den Einwanderern die Umkehr der sozialen Pyramide angestrebt werden, wie sie in den Staaten, aus welchen sie kamen, innerhalb der jüdischen Religionsgemeinschaften vorherrschte: geringe Anzahl von Bauern und Arbeitern, zahlenmäßig großer Mittelstand.

Während europäische Kolonisatoren in anderen Teilen der Welt die Eingeborenen ausbeuteten und in zunehmendem Maße proletariserten – ohne jedoch in den betreffenden Ländern eine Industrie aufzubauen –, hatte die Verwirklichung der zionistischen Ziele die Proklamation des Grundsatzes der "jüdischen Arbeit" zur Folge. Dies schloß sogar die Existenz der palästinensischen Araber als Ausgebeutete aus und zeugte verheerende Auswirkungen auf das Verhältnis zu diesen. Die zionistische Politik führte in Palästina zur Isolierung der jüdischen Siedler, da sie von Beginn an kolonialistisch determiniert war. Martin Buber

schildert in seinem Buch "Der Jude und sein Judentum" diese Vorgänge völlig richtig: "Wir haben in Palästina nicht mit den Arabern sondern neben den Arabern gelebt. Das Nebeneinanderleben zweier Völker auf dem gleichen Territorium muß aber, wenn es sich nicht zum Miteinander entfaltet, zum Gegeneinander ausarten."

Weshalb ein Miteinander bereits zu Beginn der Besiedlung ausgeschlossen war, wird aus einer Charakterisierung des zionistischen Kolonialismus deutlich, die der deutsche Zionist Georg Landauer gegen Ende der zwanziger Jahre lieferte: "Wir können gar nicht genug alle Zeitungen füllen mit dem Gefasel von der jüdischen Majorität im Lande, als ob es uns nicht darauf ankäme, möglichst viele Juden um der schöpferischen Arbeit willen nach Palästina zu bringen, ganz unabhängig davon, wie viele Arbeiter da sind, sondern als ob es uns darauf ankäme, in erster Linie die Mehrheit zu werden, das heißt eine Position zu bekommen, die uns in Stande setzt, Herrschaftsrechte auszuüben, dasselbe zu tun, was die Mehrheitsnationen aller gemischten nationalen Staaten mit ihren Minoritäten tun."

Tatsächlich liefen die Ziele und Ergebnisse der zionistischen Politik auf letzteres hinaus, endeten nicht mit der Gründung des Staates Israel sondern finden ihre kontinuierliche Fortsetzung bis zum heutigen Zeitpunkt.

Selbstverständlich ist der israelische Staat gekennzeichnet durch innere Widersprüche, die sich vor allem von der nahezu völligen Trennung von Arbeit und Kapital herleiten. Diese Trennung setzt sich bis in die nahezu als sozialistisch bekanntgewordenen Kibbuzim fort, die – selbst eine Kooperative – Lohnabhängige beschäftigen und dadurch gleichzeitig zum Ausbeuter werden. Diese Trennung manifestiert sich am auffälligsten in der Histadrut, die einerseits Gewerkschaft andererseits Hauptunternehmer ist und etwa 50% der israelischen Wirtschaft durch direkten oder Aktienbesitz kontrolliert.

Der Klassenwiderspruch tritt infolge der besonderen politischen und wirtschaftlichen Situation nicht offen zutage und wird vor allem nach außen verfälscht. Tatsächlich handelt es sich nicht, wie man gerne hinstellt, um einen Konflikt zwischen Juden und Arabern auf rassistischer Grundlage, sondern um einen sozio-ökonomischen und technologischen Konflikt Europäer-Orientalen mit durchwegs ausgeprägtem Klassencharakter, was konsequenterweise eine abgestufte Diskriminierung der orientalischen Juden und der arabischen Bevölkerung mit sich bringt.

60% der nach 1948 in Israel verbliebenen Palästinenser lebt heute von israelischen Arbeitgebern jüdischer Religion. Ihnen gegenüber zeigt sich die Beziehung der Ausbeutung am deutlichsten, worauf im Zusammenhang mit der Diskriminierung noch einzugehen sein wird. Sie stellen 25% der in der Landwirtschaft Beschäftigten und 8% der Arbeiterschaft, die sich zum überwiegenden Teil aus orientalischen Juden zusammensetzt.

Der Anteil der Araber an der Schwerarbeit liegt jedoch bei 22%.

Die soziale Trennung zwischen orientalischen und europäischen Juden wird fälschlich als ethnisches Problem aufgefaßt – manifestiert sich jedoch als ökonomisches. Die höheren Positionen der Regierung und Verwaltung werden durchwegs von Israelis europäischer Herkunft eingenommen. Nach israelischen Statistiken verblieben nach Ende 1949

160.000 Araber auf dem Gebiet des israelischen Staates (= 8%). Uri Avnery, Abgeordneter der Neue-Kräfte-Partei im israelischen Parlament schätzt den arabischen Anteil an der Bevölkerung etwas höher, nämlich auf 12% (240.000). Die jüdische Bevölkerung setzte sich nach einer Untersuchung des Jewish Statistical Bureau aus dem Jahre 1965 aus 38,8% in Israel, 14,4% in Afrika, 14,3% in Asien und 32,5 Prozent in Europa (einschließlich Sowjetunion) und Amerika Geborenen zusammen. Nahezu 70% der jüdischen Bevölkerung lebt in den Städten. Bis zum Jahre 1967 bildete die arabische Bevölkerung mit wenigen Ausnahmen (nämlich in drei Unterdistrikten) in Stadt- und Landgebieten die Minderheit.

Den gesetzlichen Schutz dieser Minderheit versprach die israelische Regierung in ihrer Unabhängigkeitserklärung vom 4. Mai 1948. Die praktische Durchführung dieses Versprechens hatte jedoch das Gegenteil, nämlich die Reaktivierung der im Jahre 1945 von der englischen Mandatsmacht gegen die jüdische nationalistische Bewegung erlassenen Ausnahmegesetze und in den seit 1967 besetzten Gebieten den totalen Notstand zur Folge: die arabische Minderheit wurde mit Verbannung oder Deportation (Klausel 112), unbegrenzter Haft ohne Gerichtsverfahren (Klausel 111), der Konfiszierung von Eigentum und der Zerstörung und Einplanung ihrer Dörfer bedroht und geheimen Militärgerichten unterworfen (Klausel 30). Arabischer Besitz kann jederzeit ohne Entschädigung enteignet werden.

Ursprünglich war den in Israel verbliebenen Arabern die gewerkschaftliche Organisation verboten. Seit 1959 wird ihnen der Beitritt zur Histadrut gestattet – die ökonomische Diskriminierung wird jedoch weiter fortgesetzt. Sie ist aus folgenden Punkten ersichtlich:

1. Unterschiedliche Arbeitsentlohnung, in manchen Fällen bis zu 50%.
2. Unsicherheit der arabischen Arbeitsplätze.
3. Bevorzugung jüdischer Arbeitskräfte durch die Arbeitsvermittlung der Histadrut.
4. Arbeiter in arabischen Produktionsstätten haben keinen Anspruch auf gesetzliche Sozialleistungen.
5. Arbeitslosigkeit in den früher besetzten, vor allem jedoch in den neu besetzten Gebieten. ("Volkszeitung", Organ der Maki., Juni 1969, über die Lage der palästinensischen Arbeiter.)

Über die ökonomische Diskriminierung der orientalischen Juden konnten keine umfassenden Angaben festgestellt werden. Sie kann jedoch an der Stellung, die sie im Produktionsprozeß innehaben abgeschätzt werden.

Ein deutlicherer Einblick ist auf dem Gebiete der Erziehung möglich. Jaakov Erwin Palmon stellt in seinem 1966 erschienenen Buch "Israel sucht den Weg in die Zukunft" den Anteil der orientalischen Juden an den Universitätsstudenten mit 15% fest und schildert als Ursachen die mißliche Lage der ökonomischen und Wohnverhältnisse. Auch der Anteil der orientalischen Juden an den Abiturienten liegt nur bei 15%, woraus ersichtlich wird, daß die Aussonderung von Schülern bis zum Eintritt in die Hochschule nicht so forciert ist wie unter den arabischen Schülern.

Nach israelischen Quellen beträgt der arabische Unterricht an höheren Schulen lediglich 3% des Gesamtanteils für das Jahr 1967/68. Der Anteil arabischer Berufsschüler für dasselbe Jahr liegt bei 0,7%. Diese Angaben dürfen natürlich

nicht im Verhältnis zur Gesamtheit gesehen werden, da die arabische Bevölkerung die Minorität des israelischen Staates verkörpert. Gemessen am Anteil der palästinensischen Araber an der Gesamtbevölkerung, der ebenfalls nach israelischen Quellen bereits mit 12% angegeben wurde, ergibt sich ein deutlicheres Bild der Diskriminierung, die auch an der verstärkten Aussonderung arabischer Schüler erkenntlich ist.

Von den Arabern, die eine Volksschule besuchen, wechseln 3% an die Oberschule. Von diesen bestehen 10% das Abitur – gegenüber 85% der jüdischen Gymnasiasten. Ein Umstand der in den unzureichenden Bildungseinrichtungen der arabischen Schulen begründet ist. Von dieser Abiturienten geht 1% an eine Hochschule weiter, wo die Diskriminierung von Seiten der jüdischen Kollegen und Professoren relativ gering ist.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß der größte Teil der arabischen und ein großer Teil der orientalisch-jüdischen Bevölkerung unterhalb des kulturellen Niveaus in Israel liegt, während bei den Einwanderern aus Europa und Amerika eine gegenteilige Situation vorherrscht.

Besonders schwierig gestaltet sich die Situation der arabischen Intellektuellen. Bis zum Jahr 1967 besetzten sie 2% der staatlichen Verwaltungsstellen. Unter den höchsten Beamten, Richtern und Ministern ist kein einziger palästinensischer Araber und unter den 120 Mitgliedern der Knesseth (Parlament) befinden sich 7 Araber (5,8%), von denen jedoch kein einziger ein wichtiges parlamentarisches Amt bekleidet. (Aus: Uri Avnery: Israel ohne Zionismus.)

Welche Auswirkungen die wirtschaftliche und gesellschaftliche Diskriminierung einzelner Bevölkerungsschichten auf eine innere Verständigung haben mögen, läßt sich daran erkennen, daß den orientalischen Juden von ihren Glaubensgenossen europäischer und amerikanischer Herkunft sogar zugetraut wird, daß sie in kritischen Situationen gemeinsam mit den noch mehr unterdrückten palästinensischen Arabern vorgehen würden. (Isaac Deutscher)

Um jedoch nach Schilderung verschiedener Auswirkungen auf die Ursachen zurückzukommen, nämlich auf die in Israel herrschenden Klassengegensätze, auf die ökonomischen Besitz- und Produktionsverhältnisse, sowie auf einige Besonderheiten des israelischen Staates im Zusammenhang mit seiner Wirtschaft, ist noch eine einleitende Feststellung zu treffen:

Für die im folgenden Abschnitt verwendeten Angaben wurden fast ausschließlich israelische, israelfreundliche und neutrale westliche Quellen zugrundegelegt. Eine Auswertung solcher Quellen muß jedoch naturgemäß über die rein objektive Information hinausgehen, sie muß Schlußfolgerungen zum Ergebnis haben – alles andere wäre nur eine Sammlung von statistischem Material und als solche unbefriedigend.

In seiner ökonomischen Struktur ist Israel mit westeuropäischen Industriestaaten vergleichbar. Seine Wirtschaft unterliegt als kapitalistische ebenso den durch die freie Marktwirtschaft bestimmten Krisen und ist mit zunehmender Einflußnahme ausländischen Kapitals von der Weltwirtschaftslage abhängig.

Zusätzliche Faktoren entstehen durch die besondere Situation des israelischen Staates: Israel verfügt über einen äußerst begrenzten Binnenmarkt und ist von den umliegen-

den arabischen Märkten völlig isoliert. Seine Wirtschaft ist in hohem Maße von der Einwanderung und dem Import ausländischen Kapitals abhängig.

In den Jahren 1949–1965 erhielt Israel insgesamt 6,2 Milliarden Dollar aus dem Ausland. In dieser Summe sind 3,45 Milliarden DM Wiedergutmachungszahlungen der Bundesrepublik Deutschland sowie 2,1 Milliarden Dollar Spenden und Beihilfen vor allem der Vereinigten Staaten ohne Rückzahlung enthalten. (Munzinger, Palmon.)

Das Finanzjahr 1965/66 brachte für Israel ein Zahlungsbilanzdefizit von 455 Millionen Dollar, verursacht durch das Auslaufen der Reparationszahlungen, die Abnahme des Kapitalflusses aus dem Ausland und die dadurch entstandenen inneren wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Im Mai 1967 war ein Zehntel der aktiven Bevölkerung ohne Beschäftigung, die Emigration trat gegenüber der Einwanderung stärker hervor. Der deflationäre Wirtschaftsverlauf machte eine stärkere innere Einigkeit erforderlich, die durch eine über dem Durchschnitt der Auseinandersetzungen mit den arabischen Nachbarstaaten liegende Provokation gegen Syrien mit den bekannten Folgen angestrebt und erreicht wurde.

Die Situation nach dem Junikrieg 1967 gestaltete sich für die Entwicklung der israelischen Wirtschaft aussichtsreich, abgesehen von der Tatsache, daß mit den neubesetzten Gebieten ein Reservoir an billigen Arbeitskräften und eine Erweiterung des Absatzgebietes gewonnen wurde. Der Kapitalfluß aus dem Ausland setzte verstärkt ein und erreichte nach amerikanischen Schätzungen 10% der gesamten Auslandshilfe, die an Entwicklungsländer gegeben wird.

Vor allem durch die Erweiterung der Rüstungsindustrie konnte die Industrieproduktion um 30% gesteigert werden. Das Bruttonationalprodukt lag im Jahre 1968 um 14% höher als 1966/67. Die Ausfuhren erhöhten sich um 12,5% und die Annexion der Altstadt Jerusalems brachte einen Anstieg des Tourismus um 30%.

Die von der Regierung gewährte Lohnerhöhung von 8% wird trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs nur in halber Höhe ausgezahlt – für 4% müssen von den Arbeitgebern Schuldverschreibungen der Regierung angekauft werden. Hand in Hand damit fordern Israels Politiker einen zweijährigen Lohnstopp und die Einschränkung des Streikrechtes. Demgegenüber stehen etwa 400.000 israelische Staatsbürger, deren Lebensniveau weit unter dem Durchschnitt liegt. 10% der Bevölkerung verfügen über einen ebenso großen Teil des Nationaleinkommens wie 50% am unteren Ende der sozialen Pyramide.

Israel widmet 75% der Staatseinkünfte (aus den Steuern) für Militärausgaben – oder anders ausgedrückt 20% des Bruttonationalprodukts – ein Prozentsatz, der als der höchste der Welt gilt. (Arabische Staaten 11–13%, USA 9,2%, UdSSR 8,9%, Westeuropa 4–7%.)

Das israelische Budget des Finanzjahres 1968/69 wies in jeder Beziehung Rekorde auf: so erreichte es eine Gesamthöhe von 7850 Millionen israelischer Pfund (1 US-Dollar = 3,5 I. Pfd., 1 DM = 0,875 I. Pfd.). Der Anteil der Regierungsanleihen, bestehend aus Beihilfen der Vereinigten Staaten von Amerika, Sammlungen ausländischer jüdischer Gemeinden und anderen Auslandsanleihen wurden auf 25% des gesamten Budgets erhöht. Inlandseinkünfte (4,1 Milliarden) und Auslandsanleihen (1,77 Milliarden) ergeben Regierungseinnahmen in der Höhe von 5,9 Milliarden israelischer Pfund.



Für welche Zwecke und in welchem Ausmaß werden diese Mittel verausgabt? Welche Ausgaben werden als vorrangig betrachtet? Eine Analyse des israelischen Budgets macht deutlich, daß die Summen, die für Militär, Rüstung und Besatzungsausgaben investiert werden mit 37% der Gesamtausgaben mit Abstand an vorderster Stelle stehen. Für wirtschaftliche Zwecke investiert Israel 23%, für soziale Dienstleistungen 18,6% und für Schuldendienst 15% der Gesamtausgaben.

Es könnte eingewendet werden, daß Israels politische und geographische Situation eine derartige Eskalation militärischer Ausgaben erforderlich machen und rechtfertigen. Demgegenüber stehen jedoch die Militärausgaben der arabischen Staaten, die wie bereits erwähnt, nur etwa die Hälfte der israelischen erreichen. Demgegenüber steht eine Untersuchung des Strategischen Instituts, London, aus dem Jahre 1969, die feststellen konnte, daß Israel bei vollständiger Mobilisierung über 275.000 Soldaten verfügen kann (bei ca. 2 Millionen Einwohnern), während die arabischen Nachbarstaaten zusammen nur 326.000 erreichen (bei ca. 35 Millionen Einwohnern), wovon 80.000 im Jemen stationierte Soldaten abgezogen werden müssen.

|                               |                  |
|-------------------------------|------------------|
| Die Gegenüberstellung: Israel | 275.000 Soldaten |
| arab. Staaten                 | 246.000 Soldaten |

sowie die ebenfalls erwiesene technologische Überlegenheit der israelischen Truppen beweisen die militärische Stärke des israelischen Staates und legen die Vermutung nahe, daß Israels Militärausgaben nicht die Verteidigung sondern die Aggression vorbereiten sollen.

Ein weiterer Vergleich macht deutlich, daß der gesamte Kapitalimport, das bedeutet Sammlungen vor allem der zionistischen Organisationen, Auslandsanleihen und Beihilfen der Vereinigten Staaten in das Militärbudget fließen und sogar durch Inlandseinnahmen noch ergänzt werden. Die Tatsache jedoch, daß mehr als zwei Drittel der Rüstungsausgaben praktisch von westlichen Industriestaaten gedeckt werden, läßt einige Schlüsse zu im Hinblick auf die Aufgabe, die Israel im Nahen Osten zu erfüllen hat.

Die Meinungen über den israelischen Staat sind sehr geteilt. Einmal wird geäußert, Israel sei ein Staat mit einer Reihe von sozialistischen Einrichtungen, ja sei ein sozialistischer Staat. Dem widerspricht die Auffassung, daß der israelische Staat de facto als Stützpunkt imperialistischer Interessen im Nahen Osten und im afro-asiatischen Raum angelegt wurde und auch heute noch als solcher fungiert, diese Funktion sogar noch erweitert hat.

Welche Interessen vertritt Israel im Nahen Osten? Erfüllt seine Existenz lediglich das Bedürfnis der jüdischen Religionsgemeinschaft, ihre Emanzipation mit der Gründung eines Nationalstaates stattfinden zu lassen oder muß sie als Gefahr für den Fortschritt der Völker im Nahen Osten und im afro-asiatischen Raum betrachtet werden?

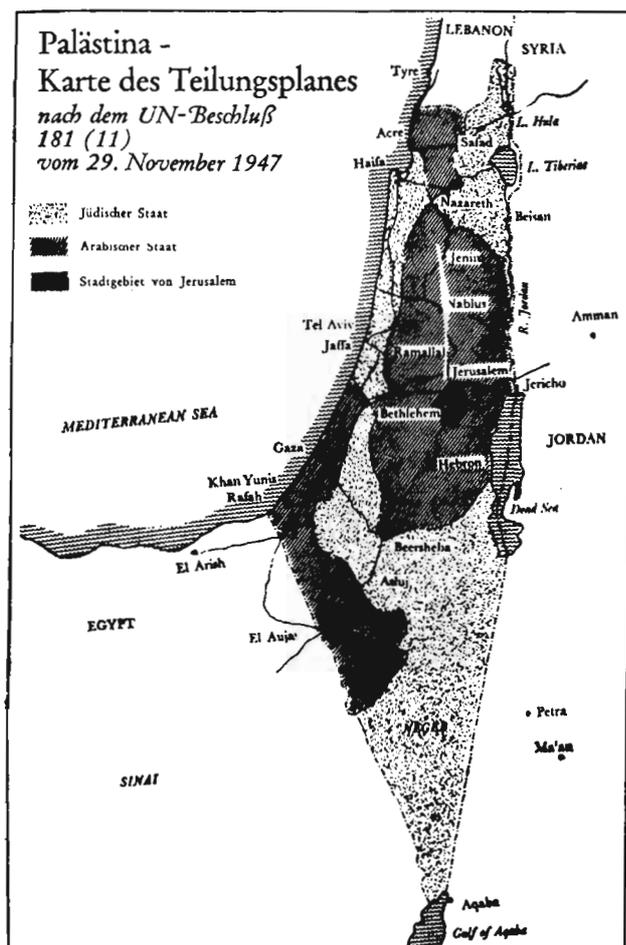
Seit seiner Gründung, geriet der israelische Staat, der immer mehr auf die Unterstützung von anderen Mächten Wert legen mußte, in politische Abhängigkeit, die auf die wirtschaftliche Unselbständigkeit zurückgeführt werden muß.

Politische Entscheidungen trifft Israel nicht nach seinen ureigensten Interessen, sondern nach dem Willen kolonialer und neokolonialer Mächte, von denen es selbst abhängig ist.

Der israelische Staat trat in der UNO gegen die Unabhängigkeit von Algerien ein, unterstützte die Terrororganisation OAS und ermöglichte schließlich ihren Führern die Flucht mit Hilfe von El-Al-Flugzeugen. Es stimmte ebenfalls gegen die Unabhängigkeit von Tunesien, Marokko und Kamerun. Es unterstützte die Separatistenbewegung Tschombes in Katanga mit Hilfe von Waffen und Spezialisten und behielt dieses Verhalten bei im Konflikt Biafra-Nigerien. Es weigerte sich, die Apartheid-Politik der Südafrikanischen Regierung zu verurteilen und belieferte die portugiesischen Kolonialtruppen in Angola mit Maschinenpistolen vom Typ "Uzi". Darüber hinaus verteidigte Israel konsequenterweise die amerikanische Aggressionspolitik in Vietnam und stellte der Südvietnamesischen Regierung Guerilla-Experten zur Verfügung. Die Ausbildung von Polizei und Geheimdienst im Iran erfolgt durch israelische Spezialisten nach faschistischen Vorbildern. Die Resolution der afro-asiatischen Länder gegen Nuklearversuche in der Sahara wurde von Israel abgelehnt, dafür finden alle reaktionären Bestrebungen in diesem Raum seine Unterstützung, wie zum Beispiel die Royalisten im Jemen und der islamische Pakt.

Wie festgestellt wurde, sind die politischen Entscheidungen des israelischen Staates nicht die Ausgeburt seiner Bosheit sondern das Ergebnis seiner eigenen Abhängigkeit, die sich immer mehr verstärkt.

Bereits im Jahre 1957 waren die Vereinigten Staaten mit 72% an der israelischen Privatindustrie beteiligt, da Israel seit dem Jahre 1950 gezwungen war, Anteile und Konzessionen zur Ausbeutung wirtschaftlicher Ressourcen zu verkaufen. Von der Investitionszentrale anerkannte ausländische



Gesellschaften erhalten fünf Jahre Steuerfreiheit und freie Transferierbarkeit der Gewinne gesetzlich zugesichert. Drei große Diamantschleiffabriken wurden 1960 an ausländische Monopole verkauft, obwohl dieser Industriezweig jährlich etwa 40% der gesamten israelischen Exporte liefert. Gleichzeitig stellen die Diamantschleifereien einen weiteren Abhängigkeitsfaktor dar. Israel verfügt selbst über keinerlei Rohvorkommen, worauf in erster Linie die wirtschaftlichen Beziehungen mit der Südafrikanischen Union zurückzuführen sind.

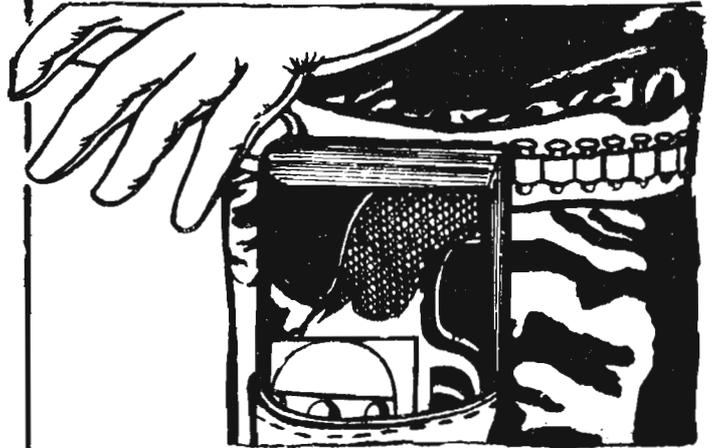
Israels Rohstoffquellen sind nicht besonders bedeutend. Alle wichtigen Bodenschätze werden jedoch von ausländischen Konzessionsinhabern ausgebeutet. 1961 wurden Konzessionen zur Gewinnung von Mineralsalzen aus dem Toten Meer bis zum Jahre 1999 vergeben. Phosphate im Negev sowie eine große chemische Fabrik in Haifa fielen ebenfalls in die Hände ausländischer Monopole.

Schon immer hat der Staat Israel durch sein Entstehen sowie durch die Fortsetzung seiner zionistischen Ziele den arabischen Nachbarstaaten, vor allem jedoch dem palästinensischen Volk Anlaß zum Widerstand gegeben. Die Opposition im Staate selbst ließ durch die Möglichkeit, innere Konflikte durch äußere zu verniedlichen, sehr lange auf sich warten. Die Entscheidung unter den israelischen Parteien kann daher nicht zwischen progressiv und reaktionär getroffen werden. Die israelische Linke ist eine zionistische, also eine nationalistische Linke und ihre Haltung gegenüber dem kämpfenden Volke von Vietnam ist von sekundärem Interesse, solange sich ihre Stellung gegenüber dem arabischen Volke nicht von der der Rechtsparteien unterscheidet.

Die einzige konsequente Opposition entstand im Jahre 1962 in der Israelischen Sozialistischen Organisation. Bekannt wurde sie unter dem Namen ihrer Wochenzeitschrift Matzpen (= Kompaß). Letztlich kristallisierte sie sich aus jener Gruppe jüdischer Einwanderer heraus, die sich nicht als Eroberer sondern als Flüchtlinge begriff und einen Minderheitenstatus in einem arabischen Staat anstrebte. Das Ziel dieser Opposition ist die völlige Einheit von heutigen Israelis mit den Palästinensern innerhalb einer sozialistischen Föderation des Mittleren Ostens. Daß die Verwirklichung dieses Zieles den Zielen der palästinensischen Befreiungsbewegung entspricht und letztlich die Beseitigung des Staates Israel als zionistischen Staat zur Folge haben wird, liegt in der sozio-ökonomischen und politischen Struktur dieses Staates, die eine politische Lösung des Konfliktes unmöglich werden ließ.

Heidi STRAKA, Graz ■

## BOOK POWER



**1010 WIEN**

\*

**BRIGITTE HERRMANN**

**GRÜNANGERGASSE 1**

**52 77 06**

\*

**HEINZ KOLISCH**

**LIEBIGGASSE 9**

**43 32 21**

# Ein Flugblatt und die Folgen

Anlässlich einer Informationsveranstaltung in der Universität Wien über die neuesten Unterdrückungsmaßnahmen der israelischen Behörden gegen die jüdisch-arabische Opposition im Land, wurde eine Protestresolution dem israelischen Botschafter in Wien von Vertretern jener Organisationen

überbracht, welche auch das untenstehende Flugblatt gemeinsam unterzeichnet hatten. Es wurde in einer beschränkten Auflage ausschließlich auf der Universität Wien verteilt.

Es lautet:

## SOLIDARITÄT MIT DEM PALÄSTINENSISCHEN WIDERSTAND UND DER ANTI-ZIONISTISCHEN LINKEN IN ISRAEL!

Während sich in Österreich eine neue Welle der antiarabischen Hetze ankündigt und "Die Presse" bereits an den Wiener Hochschulen inskribierte arabische Kollegen als "Basislager" für die Terroristen ansieht, nimmt die zionistische Offensive gegen antiimperialistische Kämpfer in der ganzen Welt neue Ausmaße an. Bereits vergangenen Sommer haben die zionistischen Machthaber erklärt, daß sie vor keinen Mitteln zurückschrecken werden, um "die Palästinenser aufs Korn zu nehmen, wo immer sie sich befinden". Letzten Dezember schlug der israelische Geheimdienst außerhalb des Nahen Ostens zu: in Paris verübte er ein Attentat auf den Vertreter der Palästinensischen Befreiungsorganisation Mahmoud Hamchari, dem dieser zum Opfer fiel. Die barbarischen und unterdrückerischen Maßnahmen des Zionismus wurden in den letzten Wochen erneut eskaliert. Die sogenannten "Vergeltungsschläge" gegen die Syrische Arabische Republik, die Massenverhaftungen von palästinensischen und jüdischen Revolutionären haben das verbrecherische Wesen des Zionismus erneut vor den Augen der Weltöffentlichkeit enthüllt.

Es stellt dabei ein Novum dar, daß sich die Zionisten in letzter Zeit in "ihrem Heimatland" einer immer stärker werdenden Opposition fortschrittlicher und revolutionärer Kräfte gegenüberstehen. Die "Aufdeckung" eines "jüdisch-arabischen Spionage- und Terrornetzes", die zur Verhaftung einer Reihe von Genossen der "Roten Front" geführt hat, war der Auftakt zur Entfaltung einer beispiellosen Kampagne gegen die gesamte anti-zionistische Linke in Israel.

Im Gegensatz zu den linken Strömungen innerhalb des Zionismus selbst, die von einem angeblichen Existenzrecht des Staates Israel im Nahen Osten ausgehen, erkennen die anti-zionistischen fortschrittlichen und revolutionären Kräfte in Israel klar an, daß nur durch die Zerstörung des israelischen Staates und die volle Wiederherstellung der Rechte des palästinensischen Volkes die Grundlage für ein gemeinsames und friedliches Zusammenleben der arabischen und jüdischen Völker im Nahen Osten geschaffen werden kann. Die anti-zionistische Linke hat klar erkannt, daß die revolutionäre Perspektive in Israel selbst untrennbar verknüpft ist mit dem Kampf des palästinensischen Volkes für Freiheit und Selbstbestimmung.

Gegen diese für sie äußerst gefährliche Entwicklung in Israel versuchen die zionistischen Reaktionen mit Provokation und Denunziation, Einschüchterung und Terror vorzugehen.

Es gibt verlässliche Informationen, daß die Verhafteten – von denen eine Reihe nicht einmal angeklagt sind, am angeblichen "Spionagenetz" sich beteiligt zu haben, sondern weil sie sich weigerten, Spitzeldienste zu leisten!! – in den Gefängnissen des zionistischen Staates systematischen Folterungen ausgesetzt sind. Die Ankündigung von 100 weiteren zu erwartenden Verhaftungen durch das Regime bereitet die Öffentlichkeit auf weitere Angriffe auf anti-zionistische Organisationen vor. Dies ist nur ein erster Schritt einer von langer Hand vorbereiteten Aktion zur Zerschlagung jeder anti-zionistischen Aktivität von Juden und Arabern in Israel. Denn angesichts der galloppierenden Inflation in Israel und einer neuen Streikwelle braucht das Regime dringend eine verstärkte "nationale Einheit". Es braucht neue "Sicherheits"-Argumente, um seinen Militarismus und seine Unterdrückungspolitik zu rechtfertigen.

Das zionistische Regime kann keine gemeinsamen politischen Organisationen von Juden und Arabern dulden, schon gar nicht, wenn sie anti-zionistischen Charakter haben, denn allein schon ihre Existenz stellt die zionistische Ideologie in Frage. Für den antiimperialistischen Kampf im Nahen Osten hat die Existenz und die Aktivität anti-zionistischer Organisationen in Israel große Bedeutung: ihre Funktion ähnelt der eines Stützpunktgebietes im feindlichen Staat. Sie können dazu beitragen, Teile der jüdischen Massen zum Bruch mit dem Zionismus zu bringen. Eine relevante Avantgarde, die in Israel den Kampf gegen das zionistische Regime aufnimmt, kann für die arabische Revolution ein wichtiger Bündnispartner im Kampf gegen Imperialismus, Zionismus und arabische Reaktion sein.

Die Maßnahmen gegen die anti-zionistische Linke in Israel sind ein Teil der weltweiten Kampagne des Zionismus gegen alle antiimperialistischen und revolutionären Kräfte. Wir protestieren entschieden gegen alle barbarischen Akte des Zionismus!

Besonders in Hinblick auf den bevorstehenden Staatsbesuch des israelischen Außenministers Abba Eban in Österreich ist es sehr wichtig, eine breite Aufklärungskampagne über den Charakter und die Verbrechen des Zionismus in die Wege zu leiten.

Kampf dem zionistischen Terror!

Sieg im Kampf gegen Imperialismus, Zionismus und arabische Reaktion!

CISNU, FÖJ, GRM, KB, MLS, RSB, VMA, VMS, VSM

Flugblätter haben es so auf sich. Sie sind ihrer Natur gemäß sowohl was Form, als auch was den jeweiligen Inhalt betrifft verkürztes Informations- und Agitationsmaterial. Sie können in bestimmten Situationen massenmobilisierend wirken, spontane oder organisierte Aktionen auslösen oder unterstützen, sie können auch achtlos in die Hand genommen und im nächsten Abfallkorb landen.

Ein gutes Flugblatt zustandebringen erfordert oft die Fähigkeiten eines Politikers, Dichters und Denkers in einem; ein gelungenes Flugblatt ist oft ein Meisterwerk politischer Weltliteratur (als Beispiel sei nur Büchners Flugschrift "Der hessische Landbote" erwähnt, beginnend mit der berühmten Losung: "Friede den Hütten – Krieg den Palästen!") – oder es kann auch eben Pfluswerk, langweiliges Geschwätz, selbstkarikierende Phrasendrescherei sein. Insbesondere gemeinsame Flugblätter von Organisationen verschiedener ideologischer Strömungen und Schattierungen

als Ergebnis einer partiellen politischen Aktionseinheit pflegen alle Merkmale verhatschter Kompromisse, zusammengeflackter Ergänzungen, unausgeglichener Abänderungsvorschläge zu tragen. Es wird bei ihrem Zustandekommen um jedes Wort gefeilscht, und inhaltlich Wichtiges geht unterderhand flöten, es wird um Begriffe gerungen, und Gedanken bleiben auf der Strecke liegen, die "Wendung" floriert auf Kosten der "Aussage".

Nun zurück zum besagten Flugblatt: nur die "Wochenpresse" nahm in Form einer polemischen Glosse davon Notiz, und zwei Wochen verstrichen, bevor am Samstag den 3. Februar 1973 (übers Wochenende ist die Auflage der Boulevardzeitungen besonders hoch) in der "Kronen-Zeitung" die "Wochenpresse"-Glosse von "Staberl" fast wörtlich, mit einigen unwesentlichen drastischen Schimpfwörtern bereichert, aufgegriffen wurde:



# Staberl

## Faschisten in der SPÖ

Wissen Sie, was „CCISNU“ bedeutet? Können Sie „GRM“?, „VMA“?, „MIS“? Ist Ihnen „RSB“ ein Begriff? Vermögen Sie mit „VSM“ oder „KB“ etwas anzufangen.

Wenn nicht, dann trösten Sie sich. Ich habe auch keine Ahnung, was diese Chiffren alle bedeuten sollen.

Die Chiffren stehen als Unterschrift unter einem Flugblatt, das dieser Tage vor der Universität der Bundeshauptstadt Wien verteilt worden ist. Und bei näherem Hinsehen finde ich dann doch zwei zunächst rätselhaft wie die anderen erscheinenden Abkürzungen, die mir bekannt vorkommen. Da wären einmal die Buchstaben „FOJ“. Das heißt doch, wenn man sich recht erinnert, so viel wie „Freie Österreichische Jugend“ und wäre also der Name der kommunistischen Jugendorganisation. Oder sollte es sich doch um etwas anderes handeln? Gleichviel: die zweite bekannt erscheinende Chiffre lautet „VSM“ und ist die Abkürzung für den „Verband der Sozialistischen Mittelschüler“; für eine Unterorganisation der derzeitigen österreichischen Regierungspartei also.

Nun aber zum Flugblatt selbst. „Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand“ steht großmächtig als Überschrift vor dem langatmigen Text. Und wenn man diesen Text dann liest, glaubt man sich jäh ins Kabarett versetzt. Nämlich: wollte man die Ausdrucksweise der Neuen Linken, der Jungsozialisten, der Progressiven und dergleichen persiflieren, dann bräuchte man das auch nicht besser zustande, als es ganz ernsthaft gemeint freilich, in diesem Text geschehen ist. Da ist also von einer „zionistischen Offensive gegen antilmperialistische Kämpfer in der ganzen Welt“ oder von „barbarischen unter-



drückerischen Maßnahmen des Zionismus“ die Rede. Es heißt auch:

„Letzten Dezember schlug der israelische Geheimdienst außerhalb des Nahen Ostens zu: in Paris verübte er ein Attentat auf den Vertreter der palästinensischen Befreiungsorganisation... Wir protestieren entschieden gegen alle barbarischen Akte des Zionismus!“

Das wäre aber der eher heitere Teil der Sache. Denn wenn man obskure Organisationen zwar „entschieden“ gegen „alle barbarischen Akte des Zionismus“ insbesondere „außerhalb des Nahen Ostens“ protestieren, die vordem ohne jeden Protest die Abschachtung israelischer Olympiakämpfer durch sogenannte arabische Freiheitskämpfer verfolgt haben: dann weiß man ja, woran man ist. Dann ist man, beispielsweise, auch dort, wo die nützlichen Idioten gegen den schmutzigen Krieg in Vietnam kratzillieren, den Einfall der Russen in die CSSR aber immer noch als einen Akt der brüderlichen sozialistischen Hilfe bezeichnen.

Erst wird die Angelegenheit allerdings dann, wenn eine Unterorganisation der Sozialistischen Partei Österreichs, nämlich der freilich schon satissam bekannte „Verband Sozialistischer Mittelschüler“, seine Unterschrift unter ein Dokument setzt, worin es heißt:

Hier – schien es zunächst – wurde einem Dutzendflugblatt der Linken zu unverhoffter Publizität und journalistischer Ehre verholten. Aber Staberls Mühlen mahlen nicht nur langsam, sondern auch gründlich. Gleich drauf folgenden Tags erschien wiederum in der „Kronen-Zeitung“ (Sonntagsausgaben sind Geschenk-, also Werbeaktionen) ein der Heroldentat des Staberl an Niveau in keiner Weise unterlegenes Interview mit Golda Meir auf vier ganzen Seiten präsentiert. Die Überschrift lautete:

„... nur durch die Zerstörung des israelischen Staates und die volle Wiederherstellung der Rechte des palästinensischen Volkes kann die Grundlage für ein gemeinsames und friedliches Zusammenleben der arabischen und jüdischen Völker im Nahen Osten geschaffen werden.“

Die „Zerstörung des israelischen Staates“ heißt ja klarerweise gar nichts anderes als die Vernichtung des israelischen Volkes; haben doch die Israelis im Verlauf eines Vierteljahrhunderts zum mindesten schon dreimal bewiesen, daß sie sich eher umbringen lassen würden als tatenlos einer Zerstörung ihres Staates zuzusehen.

„Juda, verreckel!“ brüllten vor vier Jahrzehnten die nationalen Studenten an Deutschlands Universitäten. „Zion, verreckel!“ äffen das heute die sogenannten Sozialistischen Mittelschüler nach.

Was diese faschistischen Rotzlöffel in der SPÖ, einer immerhin antitotalitären Partei, verloren haben: das wüßten wir jetzt gern von einem Mann, dessen demokratische Gesinnung außer jedem Zweifel steht: nämlich vom Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzenden Dr. Kreisky.

# Oriana Fallaci sprach mit Frau Golda Meir

## „Beten hilft nichts, nur zurückschlagen“

Dieses Interview ist nicht nur lesenswert, sondern es sollte geradezu zur Pflichtlektüre gemacht werden für jeden anständigen Menschen in Österreich, der aus durchwegs lauterem Motiven Israels Rolle im Nahen Osten zu entschuldigen sucht. (Meistens beruht es auf Mangel an Informationen über die Ursachen, Entwicklung und den Charakter des Nah-Ost-Konflikts – dem wird, hoffen wir es, durch den vorangestellten Artikel der Genossin Straka ein wenig abgeholfen –; sehr oft werden zwei völlig verschiedene Momente politischer Geschichte miteinander vermengt: die ent-

setzlichen Verbrechen des Faschismus an den Juden in Europa, die selbstverständliche und kompromißlose Ablehnung, vehementeste Bekämpfung jeder Spielart des Antisemitismus – der in einzelnen Ländern des sowjetischen Blocks praktizierte "Antizionismus" diente der Verbrämung antisemitischer Kampagnen –, eine solche solidarische Haltung gegenüber den jüdischen Opfern des Faschismus wird automatisch übertragen auf die Politik der zionistischen Machthaber in Israel, auf dessen Entstehung, Entwicklung und Rolle im Nahen Osten.) Hier ein kurzer Auszug aus dem Interview:

### Das sind keine Menschen

*Werden Sie je auf Jerusalem verzichten?*

Niemals. Nicht Jerusalem. Das ist völlig undenkbar. Darüber lassen wir uns nicht einmal auf Diskussionen ein.

*Könnten Sie auf das Westufer des Jordan verzichten?*

Darüber gibt es in Israel verschiedene Ansichten. Das heißt, darüber ließe sich verhandeln. Die Mehrheit der Israelis würde wohl niemals vom Parlament verlangen, daß wir vollständig auf das West-

ufer verzichten. Aber wenn es zu Unterhandlungen mit Hussein käme, wäre die Mehrheit der Israelis bereit, einen Teil des Westufers abzutreten. Einen Teil, wohlverstanden.

*Und Gaza? Würden Sie auf Gaza verzichten?*

Ich meine, Gaza muß oder müßte ein Teil Israels sein. Natürlich verlange ich, wenn es um Verhandlungen geht, nicht von vornherein, daß Hussein oder Sadat in irgendeinem Punkt schon mit mir einig sei. Ich sage nur: „Meiner, unserer Ansicht nach soll Gaza bei Israel bleiben. Ich weiß, daß ihr anderer Meinung seid. Also setzen wir uns an einen Tisch und verhandeln.“

*Und die Golanhöhen?*

Ebenso. Die Syrer möchten, daß wir von den Golanhöhen heruntergehen, damit sie uns wieder von dort beschießen können. Unnötig zu sagen, daß wir gar nicht daran denken, die Höhen zu verlassen. Trotzdem sind wir auch mit Syrien zu Verhandlungen bereit.

*Und Sinai?*

Wir haben nie gesagt, daß wir Sinai ganz oder größtenteils behalten wollen. Wir wollen die Kontrolle über Scharm-el-Scheich und einen Wüstenstreifen, der Israel mit Scharm-el-Scheich verbindet. Soll ich's noch einmal sagen? Wir wollen nicht den Hauptteil, wir wollen vielleicht nicht einmal die Hälfte der Sinaihalbinsel.

Am Montag, den 5. Februar 1973 kam dann die von Staberl ausgelöste Lawine dort zum Stehen, wo er und bestimmte Teile der SP-Führung sie haben wollten: die "Sozialistische Korrespondenz" kündigte die Beziehungen (sprich Finanzen) der SPÖ zum Mitunterzeichner des Flugblattes VSM bis auf weiteres auf.

Da auch die FÖJ – Bewegung für Sozialismus wiederholt von befreundeter Seite und auch aus eigener Mitte wegen eines vom Staberl groß herausgestrichenen Passus des Flugblattes kritisiert wurde, in welchem von der "Zerstörung des Staates Israel" gesprochen wird, bringen wir abschließend aus der Presseinformation des VSM vom 6. Februar 1973 ein Zitat, welches auch unsere Haltung in dieser besonderen und mit Absicht mißverstandenen Frage differenziert zum Ausdruck bringt:

Es geht uns um "die gesamtarabische sozialistische Revolution, die revolutionäre Umwälzung aller Staaten im Nahen Osten mit dem Ziel einer Föderation Sozialistischer

Staaten des Nahen Ostens. Nur die sozialistische Revolution kann die Probleme dieser Länder (Unterentwicklung, Armut, ökonomische Abhängigkeit und Ausbeutung, Vorherrschaft reaktionärer Kräfte, Weiterbestehen der Sklaverei in einigen Ländern, Konflikt Juden-Araber, Chauvinismus, ständige Kriegsgefahr etc.) lösen. Wir solidarisieren uns deshalb mit der revolutionären Linken in Israel, insbesondere mit der Israelischen Sozialistischen Organisation (Matzpen) und der Linken des palästinensischen Widerstandes, der Demokratischen Volksfront und der Revolutionären Volksfront, vor allem aber mit der Nationalen Befreiungsfront der DVR Süd-jemen.

Wir erklären zugleich unsere scharfe Gegnerschaft zu den chauvinistischen und antisemitischen Gruppen (z.B. Schwarzer September), die Helfershelfer der Reaktion sind; jede Form des Antisemitismus ist schärfstens zu bekämpfen."

Die Redaktion

# Völker sind stärker als Bomben

Diese Losung, geboren in den letzten Demonstrationen gegen den verbrecherischen US-Bombenterror in Vietnam, wurde mit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens – dem Eingeständnis der Niederlage des US-Imperialismus – zur begreifbaren Realität für Millionen Menschen, die bisher nur wenig begriffen haben. Dieses Volk, das seit nahezu hundert Jahren um seine Freiheit und Unabhängigkeit kämpft, hat mehr Würde und Ehre bewiesen als alle Staatsmänner dieser Welt zusammen. Es hat mit seinem Beispiel das Bewußtsein von mehr Menschen verändert, vorangetrieben als alle Reden und Manifeste der letzten fünfzig Jahre zusammen.

Wenn also Kissinger meint, daß Vietnam in der Weltgeschichte nur eine Fußnote sein wird, dann ist er entweder grenzenlos borniert oder er kennt und fürchtet daher, die Bedeutung Vietnams für den weiteren Gang der Menschheitsgeschichte.

Mit dem Waffenstillstandsabkommen ist ein wichtiges Etappenziel der Revolution in Indochina erreicht. Nämlich der vollständige Abzug der US-Streitkräfte aus Vietnam und die Einstellung aller Kriessakte gegen die gesamte Nation. Dieses Abkommen symbolisiert nicht nur die Besiegbarkeit des US-Imperialismus, es stellt auch die politisch-diplomatische Basis für den endgültigen Sieg der Völker Vietnams und die Wiedervereinigung ihrer Heimat dar. Klar ist auch, daß sich die Kampfbedingungen für die Brudervölker in Laos und Kambodscha verbessert haben. Sowohl militärisch als auch politisch bedeutet der Sieg Vietnams eine Entlastung, eine Unterstützung für Pathet Lao und FUNK.

## DER KAMPF GEHT WEITER

Der Kampf geht weiter. Noch verfügt das Thieu-Regime über eine mit den modernsten US-Waffen ausgerüstete Riesensarmee. Wenn diese Armee auch immer schneller zerbröckelt – Zehntausende ganz einfach davonlaufen – zu Terror und Massakern an der Zivilbevölkerung ist sie noch immer imstande. Thieu und seine Komplizen haben zur Genüge bewiesen, daß sie zu jedem Verbrechen bereit sind um sich ein paar Tage länger an der Macht und den Futtertrögen zu halten. Noch gibt es mindestens 140.000 politische Gefangene im Süden, deren Leben in akuter Gefahr ist. Und schließlich ist der US-Imperialismus um Nichts weniger gefährlich geworden. Seine Truppen und Flugzeugträger sind noch immer in unmittelbarer Nähe Vietnams. Die bisherigen US-Machthaber haben noch immer einen, ihnen unangenehmen Vertrag gebrochen, wenn sie eine Chance gesehen haben, dies ungestraft zu tun.

Aber die Kampfmethoden haben sich geändert. Das Gewicht hat sich verschoben. Von der militärischen zur politischen und diplomatischen Front. Jetzt gilt es den Kampf für die Einhaltung des Waffenstillstandes zu führen und seine Be-

"Das Abkommen ist ein gewaltiger Sieg des vietnamesischen Volkes an der militärischen, der politischen und der diplomatischen Front. Gestützt auf das Abkommen werden wir den Kampf für den Abschluß des revol. Werkes fortsetzen. Wir werden auch in Zukunft das Banner des Friedens, der Freiheit und der Demokratie hoch tragen, um bei der Befreiung Südvietnams und der Vereinigung der Heimat Fortschritte zu erzielen." Pham Van Dong, Premierminister der DRV, anläßlich der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens, am 27.1.1973 in Paris.

---

dingungen zu erfüllen. Die Voraussetzungen für die Durchführung von freien, demokratischen Wahlen sind gegen den Widerstand der Saigoner Verwaltung zu schaffen.

DIESER SIEG IST AUCH UNSER SIEG –  
ER MUSS AUCH VON UNS MITGESICHERT WERDEN

Neben dem heldenhaften militärischen Kampf des vietnamesischen Volkes und der diplomatischen Offensive seiner beiden Regierungen, hat auch die rasch anwachsende, internationale Solidaritätsfront der antiimperialistischen, sozialistischen und demokratischen Kräfte ihren Anteil am jetzt errungenen Etappensieg. Im Rahmen dieser weltweiten Front nimmt die österreichische Indochinasolidaritätsbewegung einen Platz ein, der sicher nicht kleiner ist als die globale Bedeutung Österreichs.

Diese Solidaritätsbewegung gilt es zu verstärken und auf die neue Situation einzustellen. Dazu ist es notwendig, die Lehren aus der Vergangenheit, besonders aus der Demonstration vom 19. Jänner 1973 zu ziehen.

Die Indochinasolidaritätsdemonstration in Wien war mit 6000–8000 Teilnehmern die stärkste und machtvollste Indochinaaktion die es in Österreich je gab. Sie war seit der Borodajkewicz-Demonstration 1965 die größte Manifestation fortschrittlicher Kräfte. (Damals protestierte eine breite antifaschistische Öffentlichkeit gegen den nazistischen Professor und seine Lehrtätigkeit an der Uni-Wien. Genosse Kirchweyer (62) wurde von Nazischlägern ermordet. Der Täter, der RFS-Mann Kümmel wurde wegen "Notwehrüberschreitung" zu zehn Monaten Haft verurteilt, die durch die Untersuchungshaft verbüßt war.) Wenn man bedenkt, daß an diesem 19. Jänner 1973 auch in Linz, Graz, Klagenfurt, Salzburg und einen Tag später in Innsbruck eindrucksvolle Demonstrationen gegen den US-Terror in Vietnam und für den Sieg der Revolution stattfanden, so kann man tatsächlich feststellen, daß an diesem Tag die antiimperialistische

Bewegung in Österreich einen qualitativen Sprung nach vorn gemacht hat.

Auch die Massenmedien konnten an dieser Tatsache nicht vorbeisehen.

Was waren die Ursachen dieses Erfolges:

1. Auch das trügste Gewissen rührt sich einmal

Viele Jahre führten nur Kommunisten, innerhalb und außerhalb der KP, den Kampf gegen die Verbrechen des US-Imperialismus. Als mit der zunehmenden Dauer und Brutalisierung des Krieges, das moralische bzw. das internationalistische Gewissen bei Einzelpersonlichkeiten im bürgerlichen und sozialdemokratischen Lager erwachte, blieben diese Personen lange Zeit in ihren Organisationen völlig isoliert.

Die breite Masse der Bevölkerung, auch der Arbeiterschaft, blieb teilnahmslos und glaubte gerne die Geschichte der Verteidigung von Freiheit und Demokratie vor der kommunistischen Aggression, durch die US-Streitkräfte.

Um diese Mauer der Gleichgültigkeit und des Antikommunismus zu durchbrechen stellten die Kommunisten moralische Aspekte in den Vordergrund und verbündeten sich mit allen Pazifisten des liberalen Bürgertums, die sich anboten. Das Ergebnis war die Ostermarschbewegung. Diese Kampagne geriet nach zahlenmäßigen Anfangerfolgen in eine Sackgasse. Obwohl sich bei vielen Ostermarschaktivisten eine Bewußtseinsänderung in Richtung Erkennen der Logik des Imperialismus und seiner Kriege vollzog, konnte die erhoffte Massenmobilisierung nicht erreicht werden. Die Taktik der KP war falsch. Anstatt Zusammenhänge und sozialistische Lösungen aufzuzeigen, versteckten die KP-Aktivisten ihre marxistischen Analysen und versuchten päpstlicher als der Papst zu sein, FriedensengelIn zu spielen, um ja niemanden abzuschrecken (der Autor nimmt sich und andere damals führende FÖJ-Funktionäre nicht aus). Der Bewußtseinsprozeß vieler Ostermarschierer wurde gebremst und die gesamte Bewegung bekam das Image eines moralisierenden, weltfremden Friedensapostelklubs. Die Ostermarschbewegung hatte ihre Grenzen erreicht.

Das Verdienst diese Grenzen überschritten zu haben, kommt der aus der antiautoritären Studentenbewegung hervorgegangenen "Neuen Linken" zu. Am Versuch, den Ostermärschen sozialistische, antiimperialistische Inhalte zu geben, zerbrach vorerst einmal die "Aktion für Frieden und Abrüstung". Er war aber gleichzeitig die Geburtsstunde der heutigen breiten, politisierten Indochinasolidaritätsbewegung. Die KPÖ verfiel, nach einer angemessenen Trauerzeit, verstärkt in das Sektierertum der Vorostermarschzeit. Allerdings nicht ohne heftige innere Auseinandersetzungen. Diese waren nicht so auffällig wie die rund um die CSSR-Besetzung, hatten aber trotzdem nicht unwesentlichen Anteil an der Loslösung revolutionärer Kerne von der KPÖ; vor allem unter den jungen Genossen, zum Teil schon lange vor dem offiziellen Bruch der FÖJ mit der KPÖ. Seit diesem Bruch steht die KPÖ auf dem Standpunkt, daß es links von ihr nichts gibt, weil es nichts geben darf.

In der Praxis wird sie aber immer wieder durch die Realität gezwungen, mit linken Organisationen in Solidaritätskomitees zusammenzuarbeiten. Zwar versucht sie mit tausend Tricks die Führung an sich zu reißen, und wenn dies nicht gelingt, die Bewegung zu spalten, aber ihr Sektierertum

und ihre daraus resultierende Schwäche machen der KPÖ selbst dies im zunehmenden Maße unmöglich.

Die militärischen und politischen Erfolge der FNL und der DRV machten immer mehr Menschen bewußt, wie unhaltbar die Lügen der US-Regierung und ihrer Nachbeter in Österreichs Presse sind. Der Widerspruch zwischen der Behauptung, daß die Bevölkerung Südvietnams vom Vietcong unterdrückt wird, daß sie sich nach Befreiung durch die Amerikaner sehnt und den Erfolgen eben dieses Vietcongs, war auf die Dauer doch zu augenscheinlich. Die, seit dem Verbrechen des Nationalsozialismus, noch nicht dagewesenen Terrormaßnahmen und Vernichtungsaktionen der US-Luftwaffe und der Thieu-Schlächter taten ihr übriges. Noch nie war die Verurteilung einer kriegführenden Macht und die Sympathie mit einem vergewaltigten Volk so einhellig. Noch nie wurde das völkermörderische Prinzip des Imperialismus so sichtbar. Die Indochinasolidaritätsbewegung wurde weltweit zu einer der größten Massenkampagnen der Geschichte, auf einem nie zuvor erreichten politischen Niveau.

Dieser neuen Situation galt es gerecht zu werden.

2. Sektierertum überwinden -  
Massen mobilisieren

Die Stärke der, von der "Neuen Linken" abstammenden, vorwiegend studentischen Gruppierungen ist ihre Fähigkeit, Ursachen und Zusammenhänge aufzuzeigen und diese kompromißlos in Agitation umzusetzen. Oft werden wichtige Vermittlungsschritte übersprungen und auch Rückfälle in die "revolutionäre" Phrase sind gar nicht selten. Aber es bleibt das Verdienst, die Bewegung politisiert und sozialistische Inhalte vermittelt zu haben.

Die Angst vor ostermarschähnlichen, "bürgerlichen", prinzipienlosen und liberalen Friedensmärschen trübt bei manchen Genossen den Blick auf die verbesserten Möglichkeiten zur Massenmobilisierung auf antiimperialistischer Basis. Betrachtlichen Anteil am Erfolg des 19. jänner hatte das Ringen um die Realisierung dieser Möglichkeit. Schon die Einladung zur Gründung des Indochinasolidaritätskomitees durch die MLS und die gemeinsame Weihnachtsaktion auf der Mariahilferstraße mit FÖJ - BFS und Offensiv links gingen von der Notwendigkeit aus, eine gemeinsame Minimalplattform zu schaffen. Die politische Plattform, die dann zustande kam, gewährleistete von ihrem Inhalt her, den sozialistischen Charakter und von ihrer Form her, die breite Basis der Demonstration.

Wenn auch das Unterstützungskomitee der Prominenten (mit Vivi Bach, Muliär, etc.) bei vielen Linken nur ein Lächeln hervorrief, hat es doch seinen Anteil an der Breite der Demonstration und an ihrem Echo in den Medien. Der größte Teil dieser Leute wäre aber noch vor einem Jahr nicht bereit gewesen, solch einen Aufruf zu unterschreiben.

Auch wenn einige Organisationen es nicht wahr haben wollen, war es richtig, sich um liberale und bürgerliche Gruppen zu bemühen. Der Erfolg dieser Bemühungen z. B. bei der Hochschülerschaft und dem CV-Austria (Wien) führte zu einer weiteren Verunsicherung und Differenzierung im bürgerlichen Lager, deren Auswirkungen uns in Zukunft auch in innerösterreichischen Fragen zu Gute kommen werden. Erstmals ist es gelungen die Sozialistische Jugend (ihre Wie-

ner Organisation) bis zum Abschluß der Kampagne im Komitee zu halten.

Dies wurde nicht erreicht, indem man ihre Vertreter ständig verdächtigte, daß sie nur auf eine Gelegenheit warten, um abzuspringen, sondern indem man ihnen den Rücken stärkte und ihnen, ohne inhaltliche Abstriche, in einzelnen Fragen taktisch entgegenkam. Insgesamt hat sich im Komitee, trotz einiger sektiererischer Anfälle einzelner Genossen, eine marxistische Politik, die sich als massenmobilisierend erwies, durchgesetzt.

### 3. Aktionseinheit tut not

Zu guter Letzt hat sich eine alte Erfahrung bestätigt. Wenn alle linken und fortschrittlichen Organisationen zu einer gemeinsamen Demonstration aufrufen, sind sie imstande ein Vielfaches der Summe ihrer Anhänger und Mitglieder zu erreichen.

Die Voraussetzung für die Einheit der 10.000 Demonstranten war die Einheit der zwei Dutzend Organisationen im Solidaritätskomitee.

Die Voraussetzung dafür war die absolute Vorrangigkeit der Interessen der Völker Indochinas, vor den Eigeninteressen österreichischer linker Gruppierungen. Auch wenn es manchen Gruppen schwerfällt, ihren Führungsanspruch, die Verkündung ihrer einzigseeligmachenden Thesen und Ismen zurückzustellen, ist es die einzige Möglichkeit, Aktionseinheit zu erreichen. Zahlreiche mißlungene Aktionen und einige erfolgreiche belegen dies eindrucksvoll.

Zur Realisierung dieser Erkenntnis wurde diesmal im Komitee ein für alle verbindliches Abkommen geschlossen. Die politische Plattform, die Losungen, die technische Vorbereitung, das Auftreten gegenüber der Öffentlichkeit (Pressekonferenz), die Reihenfolge und der Inhalt der Reden, das Verbot fraktionsspezifischer Stellungnahmen und der Verzicht auf Kennzeichnung der Marschblöcke wurden festgelegt. Die Einhaltung des Abkommens zeigte die fortgeschrittene politische Reife der linken Organisationen und ihre Anerkennung durch liberale Gruppen. Einzig die Rede des MLS-Vertreters auf der Abschlußkundgebung stellte inhaltlich und in seiner Länge einen Bruch des Abkommens dar. (Die FÖJ - BfS hatte angesichts der fortgeschrittenen Zeit auf ihre Stellungnahme verzichtet!) Daß die Jugendorganisation der KPÖ das Abkommen formal einhielt, die Partei aber - sie war nicht im Komitee vertreten - in ihren Organen eine wüste, gehäßige Polemik gegen sogenannte "Linksoportunistische" Gruppen führte, bestätigt nur unsere Einschätzung.

Trotz den positiven Erfahrungen, die jeder aus der Kampagne im Jänner ziehen konnte, wenn er wollte, ist leider festzustellen, daß bei einigen Organisationen wieder gruppenegoistische Motive die Oberhand behalten haben oder die Unfähigkeit, die Situation richtig einzuschätzen. Anders ist es nicht zu erklären, daß die kaum erreichte Einheit schon wieder auseinanderbricht und das Indochinasolidaritätskomitee als nicht mehr existent betrachtet wird. Besonders die Konfusion die durch Kreiskys Vorschlag, ein Nationalkomitee der Vietnamhilfe zu schaffen, ausgelöst wurde, zeigt wie wenig, taktische und strategische Probleme der Aktionseinheit innerhalb der Linken ausdiskutiert sind.

### HILFE AUF BREITESTE BASIS STELLEN - KEINEN GROSCHEN FÜR DIE THIEU-VERWALTUNG

Ende Jänner, nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens, trat Bundeskanzler Kreisky, gestützt auf einen Ministerratsbeschluß, mit einem Vorschlag an die Öffentlichkeit. Österreichs Jugendorganisationen in- und außerhalb des Bundesjugendringes, sollen sich zu einem Nationalkomitee für die Hilfe an Vietnam zusammenschließen und eine großangelegte Sammelaktion starten. Die Bundesregierung werde dann, den so zustande gekommenen Betrag aus Budgetmitteln verdreifachen. Über die Verwendung der Gesamtsumme solle das Nationalkomitee, in das die einzelnen Organisationen gleichberechtigte Vertreter entsenden, autonom - ohne Einflußnahme der Regierung - entscheiden. Die Hilfe soll nicht den Regierungen, sondern den Menschen in beiden Teilen Vietnams zugute kommen. Die Bundesregierung werde unabhängig davon, einen Großteil der sogenannten Kreditmilliarde für Entwicklungsländer, Vietnam zur Verfügung stellen.

Natürlich wissen auch wir, daß sich Kreisky nicht geändert hat. Er, der Mann, der immer wieder die US-Verbrechen verniedlichte und Nixon, wo immer er konnte, in Schutz nahm, ist auch heute kein Freund des kämpfenden Volkes von Vietnam. Sein Vorschlag ist getragen von dem, ihm eigenen Gespür für publikumswirksame Auftritte und von dem Versuch, die sozialdemokratischen und liberalen Gruppen von der Linken zu trennen. Zu unangenehm war ihm die, sich in den letzten Monaten verstärkende, Einheitsfront auf linker Basis. Eine Distanzierung der linken Organisationen wäre ihm nur willkommen. Das allein wäre schon ein gewichtiger Grund für uns, in dieses Nationalkomitee einzutreten.

Aber es gibt einen noch viel wichtigeren Grund. Wenn die fortschrittlichen Gruppen in diesem Komitee ihre bisherige Einheitspolitik fortsetzen und verbessern, besteht die reale Möglichkeit nicht nur eine wirklich ernstzunehmende materielle Hilfe für das kämpfende Vietnam zu organisieren, sondern auch die politische Aufklärungskampagne in einem bisher nicht möglichen Umfang zu führen.

Die Mindestforderung für unsere Mitwirkung lautet: keinen Groschen für das Thieu-Regime. Von Kreisky in dieser Richtung eine Garantie zu verlangen, würde bedeuten, ihm das Recht der Entscheidung zuzubilligen und das wäre grundfalsch. Der Kampf um diese Garantie muß im Komitee auf politischer Basis geführt werden. Die Voraussetzungen sind günstig, schon in der ersten Zusammenkunft fand sich niemand, der offen für Thieu auftrat.

Bedenklich stimmen allerdings Vorstellungen die hie und da von Genossen geäußert werden, mal mehr, mal weniger deutlich. Und zwar in der Richtung: man muß zwar ins Komitee hinein, aber man wird sich nicht durchsetzen, daher muß man einen günstigen Zeitpunkt abwarten, um Kreisky zu entlarven, mit möglichst großem Presseecho auszutreten, soviele als möglich mitzunehmen und so das Komitee sprengen\*.

Das ist keine Politik, das ist unverantwortliches Sektierertum! Nicht nur, daß dies bedeuten würde: auf Kosten der

\* Mittlerweile sind MLS und RSB aus dem Nationalkomitee ausgetreten.

Vietnamesen scheinrevolutionäre Hurraattacken zu reiten, man würde auch für längere Zeit viele Möglichkeiten einer politischen Einflußnahme auf die jetzt in Bewegung geratenen sozialdemokratischen und liberalen Organisationen verlieren.

Die Losung muß sein: konstruktive Mitarbeit im Nationalkomitee, kompromißloser Kampf um die Durchsetzung der Minimalforderung "Keinen Groschen für Thieu" und Nützung aller Möglichkeiten der politischen Aufklärung und Agitation in der österreichischen Öffentlichkeit.

Das allein heißt, sich nicht um die Früchte der eigenen Tätigkeit bringen und in eine neue Isolation zurückzufallen. Sondern das zu tun, was die vietnamesischen Genossen mit Recht von uns erwarten: Die Solidaritäts- und Hilfsaktion weiterführen, verstärken und auf eine noch breitere Basis stellen!

4.2.1973

Herbert BRUNNER

## Helfen wir beim Wiederaufbau VIETNAMS!

DER REVOLUTIONÄRE BEFREIUNGSKAMPF DES VIETNAMEISCHEN VOLKES HAT ZU EINEM GROSSEN ERFOLG GEFÜHRT! DIESER ERFOLG ERÖFFNET DIE VOLLE PERSPEKTIVE DES ENDGÜLTIGEN SIEGES: DER VOLLSTÄNDIGEN BEFREIUNG DES SÜDENS, SEINER FRIEDLICHEN WIEDERVEREINIGUNG MIT DEM NORDEN, DER ERRICHTUNG EINES GEEINTEN SOZIALISTISCHEN VIETNAM.

AUCH UNSER ANTEIL AN DER WELTWEITEN SOLIDARITÄT MIT DIESEN GERECHTEM KAMPF HAT DAZU BEIGETRAGEN, DASS IN VIETNAM NACH UNGEHEUREN ENTBEHRUNGEN, LEIDEN UND OPFERN NUN DER WEG DES WIEDERAUFBAUS DES VON US-BOMBEN VERWÜSTETEN LANDES BESCHRITTEN WERDEN KANN.

VIETNAM BRAUCHT WEITERHIN UNSERE POLITISCHE UNTERSTÜTZUNG, ES BRAUCHT ABER EBENSO DRINGEND UNSERE GROSSZÜGIGSTE UND RASCHE MATERIELLE HILFE FÜR DEN SCHWIERIGEN UND LANGWIERIGEN AUFBAUPROZESS.

DIE FÖJ - BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS UND OFFENSIV LINKS WERDEN IN DEM VON DER BUNDESREGIERUNG ANGEREGTEN NATIONALKOMITEE DER ÖSTERREICHISCHEN JUGENDORGANISATIONEN MITARBEITEN. SIE WERDEN DORT KONSEQUENT FÜR DIE FORDERUNG EINTRETEN: "KEINEN GROSCHEN FÜR DIE THIEU-VERWALTUNG - HILFE FÜR ALLE OPFER DER US-AGGRESSION!"

IN EINER KONTINUIERLICHEN KAMPAGNE WERDEN VERSCHIEDENE AKTIONEN UND VERANSTALTUNGEN DURCHGEFÜHRT WERDEN, UM DIE AUFBRINGUNG MÖGLICHST GROSSER BETRÄGE MIT DER STÄNDIGEN POLITISCHEN INFORMATION UND AUFKLÄRUNG ZU VERBINDEN!

WIR RUFEN ALLE FREUNDE, KOLLEGEN UND GENOSSEN AUF, DURCH RAT UND TAT, DURCH SPENDEN UND IDEEN FÜR DIE VIETNAM-HILFE ZU WIRKEN UND ALLE ERFORDERLICHEN ANSTRENGUNGEN ZU UNTERSTÜTZEN.

SPENDET AUF DAS LÄNDERBANKKONTO DER FÖJ - BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS:

**2-307-435 Vietnam**

OFFENSIV LINKS

FÖJ- BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS

# Ausblick Vietnam

## 1

Die Unterzeichnung der Pariser Waffenstillstandsabkommen durch die USA, ihre damit einhergehende Anerkennung der Vereinbarungen der Genfer Indochina-Konferenz von 1954 (die damals nicht von den USA unterzeichnet wurden), ist ein großer politischer und diplomatischer Sieg der DRV, der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Südvietnam und der Befreiungstreitkräfte in ganz Indochina. So wie wir ein Teil der internationalen Solidarität mit den kämpfenden Völkern Indochinas waren und sind, sind wir Teilhaber dieses Sieges. Er ist jedoch nicht Abschluß, sondern Voraussetzung für den endgültigen Triumph der indochinesischen Revolution.

Für den US-Imperialismus sind die Pariser Abkommen politischer Ausdruck seiner gescheiterten Interventionspolitik in Indochina, die Formel, die ihm ohne die Theatralik der Niederlage, der Demütigung, ohne Schimpf und Schande erlauben sollte, den vollständigen militärischen Rückzug anzutreten. Sein Bankrott bedarf keiner Äußerlichkeiten: er ist total verinnerlicht, er ist sichtbar, spürbar, greifbar daheim in den eigenen vier Wänden, in denen er mit der größten moralischen Hypothek seit den Nazi-Kriegsverbrechen zu leben hat. Die Auswirkungen dieses apokalyptischen Abenteuers werden in den USA erst in den kommenden Jahren gesellschaftliche Dimensionen erlangen.

Nach den Jagd- und Bombergeschwadern tauchen schon sichtbar am Horizont die Profitgeier auf. Ihr Erscheinen wird nicht selten als Hilfeleistung apostrophiert. Ob sie zum Zug kommen werden, wird ebenso wie die Fragen nach Krieg oder Frieden in Indochina davon abhängen, wie schnell und gründlich die Marionettenregierungen in Saigon, Pnom Penh und Vientiane auf dem geschichtlichen Schindanger landen werden.

Die Pariser Abkommen haben für die Befreiungsbewegungen den Weg dazu generell erleichtert, wenn er sich auch gewundener gestalten mag, als der bisherige Verlauf der Auseinandersetzungen. Aber ein Volkskrieg verläuft nie entlang klarer Fronten, säuberlich getrennter Schützengraben, seine Formen variieren, er bewegt sich stets auf allen militärischen, politischen und diplomatischen Ebenen, die sich ihm öffnen. Sein Inhalt bleibt sich treu: Zurückdrängung der ausländischen Aggressoren, Schwächung und Untergrabung sämtlicher Positionen der Marionetten, Stärkung und Festigung der fortschrittlichen nationalen Kräfte unter Beibehaltung der Führungsrolle des Land- und Stadtproletariats, seiner politischen und militärischen Organe.

Vietcong und Vertreter der DRV haben jedenfalls Sitz und Stimme mitten im Hauptquartier der Marionettenclique Thieus, in Saigon, erhalten, das immer mehr von den befreiten Gebieten umzingelt wird. In der kommenden Phase des Kampfes werden politische Beharrlichkeit und diplomatische Geduld eine ebenso große Rolle spielen wie das militärische Moment, dessen Bedingungen trotz der teuren und

aufwendigen Aufrüstung der Saigoner Söldnerarmee eindeutig von den Befreiungstreitkräften diktiert werden. Dieses militärische Moment hat die Funktion, jede Nichteinhaltung oder Verletzung der in den Pariser Abkommen enthaltenen Vereinbarungen seitens des Saigoner Regimes in die Schranken zu weisen und dadurch jene Entwicklung zu gewährleisten, durch welche es von innen her ausgehöhlt wird und in sich zusammenstürzt. Denn nur Thieu und seine Clique hat die korrekte Einhaltung und Befolgung der Abkommen zu fürchten, mögen diese noch so zweideutig und verwaschen sein. Ohne den Schutzschirm der größten Militärmacht der Welt wird diese Mißgeburt imperialistischer Phantasie in ihrer ganzen Häßlichkeit und Erbärmlichkeit vor den Augen und den Waffen der südvietnamesischen Massen dastehen. Mit der Unterzeichnung der Pariser Abkommen hat ihre Stunde geschlagen.

## 2

Kurz nach Unterzeichnung der Waffenstillstandsabkommen wurden weltweit ehrliche und solche Appelle um Spenden für das zerstörte Vietnam laut, die vom verdächtigen Eifer des schlechten Gewissens getragen werden. Und für viele in den jahrelangen Vietnam-Solidaritätskampagnen politisch Herangewachsenen erscheint als das am meisten Schockierende an diesem Schauspiel militärischer Abrüstung und moralischer Aufrüstung das von allen beteiligten Seiten in Vietnam durchwegs ernstgenommene Hilfsangebot der USA. In Zusammenhang damit, wenn auch nicht im Mittelpunkt seiner Reise, steht der angekündigte Besuch Kissingers in Hanoi.

Vielleicht wird es nicht mehr lange dauern, einige Monate oder auch nur Wochen, und die radikalsten Verteidiger der vietnamesischen Sache werden im Chor in die jetzt noch zaghaft und leise erhobenen Vorwürfe von "links" gegen die Führung der DRV und der FNL einstimmen: sie hätten Verrat geübt am kämpfenden Volk, sie hätten militärisch zurückgesteckt, politisch kapituliert und wirtschaftlich sich bestechen lassen. Denn das Vietnam der kommenden Periode des Kampfes wird ebensowenig ins "linke" Schema passen wie es in der vergangenen Periode jemals getan hat. So wie sie sich aus dem ideologischen und (bis jetzt nur) politischen Streit der zwei Brudergiganten ohne die geringste Schwierigkeit, allein mit dem Argument der gegen den US-Imperialismus erhobenen Waffe in der Hand heraushalten, Hilfe von allen Seiten mit der gleichen verbindlichen Dankbarkeit entgegennehmen konnten, verfolgen sie nun die zentrale Zielsetzung eines unabhängigen, souveränen, demokratischen, sozialistischen und vereinigten Vietnam. Indem sie, gleichsam die Widersprüche zwischen Imperialismus und den mit Vietnam verbündeten Ländern einerseits und zwischen diesen untereinander andererseits

dialektisch für sich ausnützen, schreiten sie fort auf dem Pfad der konsequenten Anwendung der leninschen Regeln der Innen- und Außenpolitik einer zwar siegreichen, aber materiell bis aufs letzte erschöpften Revolution.

Um dies vollends zu verstehen, müssen wir uns zwei äußerst bemerkenswerte Äußerungen von chinesischer Seite vergegenwärtigen: die eine stammt von Tschu En-lai und die andere von Mao Tse Tung. Mao wehrte den Dank der vietnamesischen Führer für die chinesische Hilfe mit den Worten ab: "Wir haben zu danken, denn ihr habt gegen den Imperialismus gekämpft und habt uns damit sehr geholfen..." Nein, nicht nur als entlastende Hilfe gegenüber dem Druck des US-Imperialismus war dieser Satz gemeint, sondern er untermauert die ganze Tragweite der Erklärung Tschu En-lais, in Indochina würde es nur dann Frieden geben, wenn eine gewisse Großmacht von der Wahrnehmung ihrer egoistischen Interessen in diesem Raum Abstand nehme, und er fügte hinzu, die VR China und die USA hätten keine besonderen Interessen in Indochina... Dann sprach Tschu En-lai von der Bedrohung seines Landes aus dem Norden, entlang der chinesisch-sowjetischen Grenze, an der eine Million russischer Soldaten zusammengezogen und Offensivwaffen für den Einsatz zu Boden, zu Wasser und zu Luft bereitstehen...

Es ist unschwer, die offensichtliche Fehleinschätzung der Macht- und Interessensverhältnisse in Südostasien, wie sie von Tschu En-lai vorgenommen wird, aufzudecken: nach wie vor ist der US-Imperialismus durch riesige Militärbasen und alle sonstigen Möglichkeiten der Einflußnahme der unmittelbaren Kontrahent der Befreiungsbewegungen in- und außerhalb Indochinas. Diese chinesische Erklärung ist übrigens ebenso mißverständlich wie manche wichtige Aspekte der aktuellen diplomatischen Wege und außenpolitischen Entscheidungen der chinesischen Führung.

Die überspitzte Kritik an der unter dem zentralen Gesichtspunkt großmachtpolitischer Interessen stehenden sowjetischen Außenpolitik in Indochina (nach wie vor weigert sich die sowjetische Führung, die Regierung Sihanouk als die einzig legale Kambodschas anzuerkennen und sie hält eisern an den diplomatischen Beziehungen zum Lon-Nol-Regime fest) sollte von uns trotzdem – auf den Kern der Wahrheit reduziert – ernstgenommen werden. Denn der Ausblick Vietnam nach Unterzeichnung der Waffenstillstandsabkommen erstreckt sich über den Gesamthorizont des weltweiten Zusammenstoßes zwischen dem Befreiungskampf der Völker und dem Imperialismus, sowie zwischen Revolution und Konterrevolution.

Nach der sich abzeichnenden endgültigen Lösung des Indochina-Konflikts, angesichts der chinesischen Warnungen, sollten wir uns wieder ein wenig jener Problematik bewußt werden, die vor den Schrecken und der Barbarei der US-Aggression in Vietnam vorübergehend in den Hintergrund gedrückt wurde: der Okkupation der CSSR 1968.

Dieses unvollendete Kapitel bürokratischer Konterrevolution könnte auf bisher unvorstellbare Weise seine Fortsetzung finden, während unter die jüngste Geschichte Vietnams vielleicht bereits der revolutionäre Schlußpunkt gesetzt wird.

Z. P.

# Deine Lebensversicherung durch

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine  
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1100 Wien, Waldgasse 40  
Telefon: 64 43 36, 64 44 07

Privatadresse: 1100 Wien, Auladagasse 7/29/14  
Telefon: 62 74 302

## Sommer- und Wintersport- artikel

SÄMTLICHE SKIMONTAGEN

# Sport-Heindl

WIEN VI, MOLLARDGASSE 2  
TELEFON: 56 57 533

LIBANAN  
PALESTINE  
PHILIPPINES  
SOUTH AMERICA  
LATIN AMERICA